Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 440. **Mittwoch** den 29. August 1894. 88. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nachdem die **Zimmer-, Asphalt- und Holzcementbedachungs-, Ziegel- und Schieferdeckerarbeiten** und die Lieferung der **Verankerungen** für den Neubau an der **XIII. Bürgerschule** in Leipzig-Plagwitz vergeben worden sind, werden die nicht berücksichtigten Bewerber ihrer Angebote hierdurch entbunden.

Leipzig, am 25. August 1894.

4061 Ib. 2088 **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Georgi. Dr. Dtz.

Bekanntmachung.

Nachdem die **Tischler-, Glaser-, Isolirungs- und Holzcementbedachungs-, Schieferdecker-, Schlosser- und Schmiede-, Klempner- und Wasserleitungsarbeiten** für den Neubau einer **Abortanlage** an der **vereinigten Freischule** vergeben worden sind, werden die nicht berücksichtigten Bewerber ihrer Angebote hierdurch entbunden.

Leipzig, am 25. August 1894.

4060. Ib. 2087. **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Georgi. Dr. Dtz.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der städtischen Wasserwerke vom 6. Februar 1888 und der §§. 2 und 7 des Regulativs für Gasrohrleitungen und Gasbeleuchtungsanlagen in Privatgrundstücken vom 2. März 1863 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner

Herr **Bernhard Taube,**
L.-Reudnitz, Josephinenstraße Nr. 7,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 27. August 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 5855. Dr. Georgi. Wolfram.

Wegen Reinigung der Räume des Leihhauses und der Sparcasse werden diese

am Mittwoch, den 5. September 1894,

für den Geschäftsverkehr geschlossen sein.

Leipzig, den 28. August 1894.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Bekanntmachung.

Während der **Michaelis-Messe** liegen zum **Nachschlagen der Meßinteressenten** mehrere **Reichs-,** sowie **Handels-, Gewerbe-** und **Fach-Adreßbücher** und die wichtigsten **Handels-Adreßbücher** bei uns aus. Die Benutzung der Bibliothek ist zu diesem Zwecke von 10—12 Uhr früh und 4—6 Uhr Nachmittags gestattet.

Leipzig, am 27. August 1894.

Die Bibliothekverwaltung der Handelskammer.
(Neue Börse, Treppe A. I.)

Städtische Volksschulen.

Das **deutsche Nationalfest** wird in den hiesigen **Volksschulen** (höheren Bürger-, Bürger- und Bezirksschulen) bereits am Sonnabend, den 1. September, durch einen Actus feierlich begangen werden. Dieser beginnt:

in der 1. höheren Bürgerschule für Knaben } um 8 Uhr,
" " 6. Bezirksschule für Knaben
" " 3. höheren Bürgerschule } um 10 Uhr,
" " 2. Bürgerschule

in allen übrigen Schulen um 9 Uhr.

Zur Theilnahme an dieser Feier beehren sich hierdurch ergebenst einzuladen

Leipzig, den 29. August 1894.

die Directoren der Volksschulen.

Zur Statistik der Steuerreclamationen in Sachsen.

Ist. Für das Jahr 1892 hat zum ersten Male eine eingehendere Bearbeitung der Ergebnisse des Rechtsmittelverfahrens bei der Einkommensteuer im Königreich Sachsen stattgefunden. Diese Ergebnisse sind nunmehr veröffentlicht worden und zwar zunächst im 39. Jahrgange der „Zeitschrift des königl. sächsischen Statistischen Bureaus", sodann aber (in etwas veränderter Zusammenstellung) in dem kürzlich erschienenen „Statistischen Jahrbuch". Sie sind, wie hier gleich bemerkt sei, durchaus keine zufriedenstellenden, denn das fast **ununterbrochene Anschwellen der Reclamationen** kann unmöglich als ein normales Verhältniß hingenommen werden. Die **Zahl** der Reclamationen hat nämlich nach den im königl. Finanzministerium angefertigten Zusammenstellungen betragen:

	in der I. Defatzung absolut	in der I. Defatzung pro Tausend der Eingeschätzten	in der II. Defatzung absolut	in der II. Defatzung pro Tausend der Eingeschätzten
1880	22 258	19,9	1486	1,3
1882	20 521	17,6	1460	1,3
1884	25 664	21,2	1591	1,3
1886	30 949	24,4	2015	1,6
1888	35 221	25,0	2227	1,7
1890	42 810	30,6	2735	1,9
1892	44 848	31,1	2638	1,8

Als Begründung für dieses starke Anwachsen der Reclamationen führt der Vorsteher des statistischen Bureaus, Herr Geh. Regierungsrath Prof. Dr. Böhmert, Folgendes an:

„Je weitere Kreise der Bevölkerung zur Einkommensteuer herangezogen werden und je strenger die Steuerbehörden und Einschätzungs-Commissionen verfahren, um so mehr häufen sich auch die Reclamationen. Es ist begreiflich, daß die Einschätzungs-Commissionen hin und wieder bald zu niedrig, bald aber auch zu hoch greifen. Einer der hauptsächlichsten Gründe für das Anwachsen der Reclamationen ist zweifellos der Umstand, daß immer mehr Gemeinden bei Erhebung von Anlagen die Einschätzung zur Staatseinkommensteuer benutzt haben, wodurch jeder bei der letzteren vorgekommene Fehler oder Mißgriff sich doppelt fühlbar macht, und ferner, daß die meisten Gemeinden erhöhte Anlagen erheben, wodurch gleichfalls die Veranlagung empfindlicher wird."

Die in Vorstehendem gegebenen Gründe wird man nicht für ganz stichhaltig anzuerkennen vermögen. Zunächst braucht mit der größeren Strenge nicht Ueberschätzung verbunden zu sein. Das sind zwei vollkommen verschiedene Dinge. Dann nimmt Herr Prof. Dr. Böhmert an, daß die Einschätzungscommissionen ebenso oft zu niedrig, wie zu hoch greifen. Wäre dem so, dann würde es sich freilich nur um ein menschliches Irren handeln. Aber das ist nicht der Fall! Nur 1200 Mal legte der Staat (durch seine Steuerorgane) Berufung ein, in 44 848 Fällen aber reclamirten die Besteuerten. Das steht in gar keinem Verhältniß zu einander, oder vielmehr doch: es steht im Verhältniß wie 1 zu 37. Was aber schließlich die Gemeinden anbetrifft — nun wohl, sie müssen doch der Staatseinschätzung vertrauen. Deshalb kann man ihnen doch nicht die Schuld für das starke Anwachsen der Reclamationen aufbürden.

Zur Vermeidung dieses Uebelstandes scheint es vielmehr dringend geboten zu sein, daß die Einschätzungscommissionen bei der Erfüllung ihrer Obliegenheiten sich möglichst an thatsächliche Unterlagen halten. Ueber die Progression in den Steuersätzen läßt sich streiten — darüber aber nicht, daß eine gerechte Einschätzung die Grundlage der Besteuerung bilden muß. Es mag allerdings zugegeben werden, daß in den höheren Steuerclassen eine zutreffende Einschätzung oftmals sehr schwierig ist. Trotzdem muß sich die Schätzung möglichst auf materiellen Grundlagen bewegen und die „Annahmen" müssen möglichst ausgeschlossen sein, denn sonst wird das ganze Verfahren zu einer Plackerei der Eingeschätzten. Und Mancher hat Jahre lang reclamiren müssen, ehe er Recht — und Ruhe bekam.

Die Vertheilung aller Reclamationen auf die Hauptsteuerclassen ist im Jahr 1892 folgende gewesen.

Einkommen	Zahl der Einschätzungen	Zahl der Reclamationen absolut	Zahl der Reclamationen pro Tausend der Eingeschätzten
bis 800 ℳ	953 380	12 120	12,6
800—1600 "	341 132	18 130	53,1
1600—3300 "	98 816	9 332	94,4
über 3300 "	50 404	8 000	158,7
Insgesammt	1 443 712	47 582	33,0

In den untersten Classen wird, wie nicht anders zu erwarten ist, am wenigsten reclamirt. Einestheils sind die Differenzbeträge, um die es sich handeln kann, zu geringe, und anderentheils scheut man sich in diesen Classen vor jeglicher Schreiberei, besonders an Behörden. Käme der letztere Umstand nicht in Betracht, so dürfte auch in diesen Classen das Reclamationsrecht mehr gebraucht werden.

In den anderen Steuerclassen steigt die Zahl der Reclamanten ganz rapid und zwar derart, daß bei einem Einkommen von über 3300 ℳ von je 6 Steuerpflichtigen stets einer reclamirt! Den Anschlag für diese hohe Ziffer der Reclamanten geben hierbei nicht etwa die großen Einkommen (über 9600 ℳ rc.), sondern von 3300 ℳ ab ist die Zahl der Reclamanten in fast allen Stufen die gleiche.

Dieser Zustand ist kein gesunder. Es ist ja leider wahr, daß es Reiche giebt, die ihr schwer controlirbares Einkommen möglichst gering zu versteuern suchen und so die Staatsgemeinschaft hintergehen. Aber das rechtfertigt noch nicht ein nahezu allgemeines Höherschrauben durch die Einschätzungscommissionen. Man wende dann lieber in einem Rechtsmittelverfahren die Beeidigung an. Dadurch würde man auf längere Zeit einen festen Anhalt gewinnen.

Die Ergebnisse des Rechtsmittelverfahrens waren folgende:

Einkommen	Reclamationen (absolute) zurückgegangen	formell	zurückgewiesen	materiell	berücksichtigt	Reclamationen (in Proc.) zurückgewiesen	formell	materiell	berücksichtigt
bis 800 ℳ	74	666	2 565	8 815		5,5	21,2		72,7
800—1600 "	114	1669	4 658	11 689		9,2	25,7		64,5
1600—3300 "	101	1752	2 770	4 709		18,8	29,7		50,5
über 3300 "	214	1376	2 500	3 910		17,2	31,2		48,9
Insgesammt:	503	5463	12 493	29 123		11,5	26,3		61,2

Die Berücksichtigungen überwiegen, wie ersichtlich, nur bei den geringeren Einkommen (bis 1600 ℳ), wogegen bei den mittleren und höheren Einkommen die Hälfte der Reclamationen zurückgewiesen und nur die andere Hälfte berücksichtigt worden ist. Immerhin ist auch das noch ein großer Procentsatz von Berücksichtigungen, besonders wenn man erwägt, daß 18 Proc. aus formellen Gründen (Nichteinreichung von Declarationen!) zurückgewiesen worden ist.

Bei den 29 123 berücksichtigten Reclamationen wurde der Steuerbetrag ermäßigt

in 15 250 Fällen	(— 52,4 Proc.)	um 1 Classe,	
" 6 993	" (— 24,0 ")	" 2 Classen	
" 3 051	" (— 10,5 ")	" 3 "	
" 1 530	" (— 5,3 ")	" 4 "	
" 855	" (— 2,9 ")	" 5 "	
" 1 207	" (— 4,1 ")	" 6—10 Classen	
" 237	" (— 0,8 ")	über 10 Classen	

Auch bei diesen Ziffern muß es als bedenklich erscheinen, daß in 3830 Fällen (reichlich 13 Proc. aller berücksichtigten Reclamationen) der Irrthum der Einschätzungscommissionen sich auf mehr als 3 Steuerclassen erstreckte. Der Steuerbetrag ging übrigens in allen berücksichtigten Fällen von 1 489 369 ℳ auf 1 047 913 ℳ zurück; somit betrug die gesammte Ermäßigung 441 456 ℳ.

Ueber die behördlichen Berufungen gegen Einschätzungen ist nicht viel zu sagen. Ihre Zahl betrug insgesammt nur 1220. Davon wurden zurückgezogen 295, von den Beitragspflichtigen anerkannt 715, abgewiesen 87 und berücksichtigt 123. In Folge der anerkannten und berücksichtigten Fälle erhöhte sich der Steuerbetrag um 9170 ℳ.

So ist denn das Bild, welches uns durch die Statistik der Steuerreclamationen entrollt wird, kein zufriedenstellendes. Es wäre dringend zu wünschen, daß endlich eine Abnahme der Reclamationen verzeichnet werden könnte.

Es geht doch wahrlich nicht, daß man, wie es leider in vielen Fällen vorkommt, trotz aller Reclamationen die Steuerpflichtigen jahraus jahrein höher schätzt. Dadurch hat sich vielfach ein Mißtrauen gegen die Commissionen herausgebildet. Und gerade das muß vermieden werden, denn das Schlimmste würde sein, wenn man im großen Publicum den Glauben faßte, daß die Einschätzungscommissionen durch höhere Instructionen zu diesen vielen Ueberschätzungen veranlaßt würden. Der Ruhm eines Bezirkssteuer-Inspectors kann unmöglich darin bestehen, für seinen Bezirk ein recht hohes Steuersoll aufzuweisen, sondern er besteht darin, daß er sagen kann: In meinem Bezirk ist Jeder gerecht besteuert.

Deutsches Reich.

88. **Berlin,** 28. August. Um ein gutes Gedächtniß, will sagen: um eine ordentliche Redactionsbibliothek, ist es eine schöne Sache. Die Fructificirung älterer geschichtlicher Actenstücke wird aber gefährlich, wenn man sich irrthümlich in ihrem Alleinbesitz wähnt. Diesem Verhängniß ist die „Frankfurter Zeitung" verfallen, welche die Welt zu verblüffen vermeinte, indem sie aus dem Gründungsprogramme und dem ersten Wahlaufruf der nationalliberalen Partei Bruchstücke „veröffentlicht". Die beiden Kundgebungen sind aber auch an anderen Stellen aufbewahrt, und wenn man Einsicht in sie nimmt, ergiebt sich, daß die „Frankfurter Zeitung" ihren Inhalt geradezu fälscht. Sie entnimmt ihnen einige auf den Liberalismus und Constitutionalismus Bezug habende Puncte und escamotirt durch Unterdrückung des Kernpunctes des Programms, daß die Nationalliberalen des Jahres 1867 die Erfüllung ihrer liberalen Forderungen unbeschadet der von ihnen in den Vordergrund gestellten nationalen Ziele durchzusetzen gewillt waren. Der Doctrinarismus der preußischen Fortschrittspartei und der gerade auch von der „Frankfurter Zeitung" gepflegte Preußenhaß zwangen die zur Herbeiführung der deutschen Einheit begründete Partei, diese ihre oberste Aufgabe unter Verzicht auf die vollständige Befriedigung anderer Wünsche zu erfüllen. Die „Frankfurter Zeitung" zeigt sich aber seit 1867 politisch viel weiter zurückgeschritten, als sie die heutigen Nationalliberalen kennzeichnen möchte. Sie nennt jetzt die damaligen nationalliberalen Forderungen „echt demokratische". Andere Leute erinnern sich — auch dies hängt zusammen mit der schon berührten Eigenthümlichkeit der Drucksachen, mehr als einer Person zugänglich zu sein — noch recht viele andere Leute erinnern sich, daß die „Frankfurter Zeitung" vor siebenundzwanzig Jahren die Begründung und die Tendenzen der nationalliberalen Partei als Verrath an der Volksfreiheit gebrandmarkt und unter Inanspruchnahme der bornirtesten particularistischen Vorurtheile bekämpft hat. Dies nebenbei. Auch sonst hat sich die sogenannte Demokratie recht beträchtlich geändert. Während sie z. B. ungefähr in der Zeit, in der die „Frankf. Ztg." den Nationalliberalismus begehrenswerth gefunden haben will, über die Frage deliberirte, ob dem Träger der württembergischen Krone nach seiner unausbleiblichen Absetzung eine Pension zuerkannt werden solle oder nicht, hat sie sich in unseren Tagen bekanntlich durch einen ihrer Stuttgarter Vertreter dem Nachfolger jenes Königs als Schutztruppe gegen das Reich anbieten lassen. Wir legen aber selbst der Frankfurter Reminiscenz gegenüber auf diese und ähnliche Leistungen kein Gewicht, da es eine unverdiente Kränkung des Nationalliberalismus wäre, wollte man seine historische Entwickelung mit der Reihenfolge der tactischen Manöver der Volkspartei in Parallele stellen. Auch über den Begriff des politischen Fortschritts und darüber, daß er sich nicht immer in der Richtung der Erweiterung der individuellen und constitutionellen Rechte bewegen soll und kann, braucht man sich mit dem demokratischen Organ nicht auseinanderzusetzen. Es wird zufrieden sein, wenn man ihm einräumt, daß der gemäßigte Liberalismus in der That heute ein anderer ist als im Jahre 1867. Vor siebenundzwanzig Jahren konnte man sehr Vieles nicht voraussehen, was allmählich aufgetaucht ist und den Gang der Politik und Gesetzgebung beeinflussen mußte. Nicht, daß der Radicalismus — trotz des demokratischsten Wahlrechts, das die Welt kannte — in einem thatsächlichen Gegensatz zum Nationalstaat verharren würde, nicht, daß die reactionairste Macht der Welt, der Ultramontanismus, an dem fortgeschrittenen Liberalismus seine stärkste Stütze finden könnte, nicht die weite Ausbreitung einer Lehre, die Mord und Brandstiftung heiligt, und man konnte auch — was für die „Frankfurter Zeitung" gewiß sehr interessant ist, wie es überhaupt zu dem Wichtigsten in diesem Betracht gehört — nicht vermuthen, daß die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, nachdem sie eine Weile wirksam geworden, eine Bewegung hervorrufen würde, deren Bekämpfung für den gemäßigten Liberalismus um so schwieriger ist, als ihr von der Demokratie fortgesetzt Nahrung zugeführt wird. Wir sind sicher, unsere Leser werden uns verstehen. Sollte die „Frankf. Ztg." nicht in der gleichen Lage sein, so sind wir zu größerer Deutlichkeit bereit.

C. H. **Berlin,** 28. August. Die ernsten Lehren des hannoverschen Spielerprocesses sind, soweit das Civilpublicum in Betracht kommt, längst vergessen; eine Spielwuth hat sich der Berliner Bevölkerung bemächtigt, von der der Fernstehende und Uneingeweihte sich keinen Begriff machen kann. Wie Pilze nach dem warmen Regen sind die Sportcommissionsbureaux emporgeschossen; man gehe nur durch die Friedrichsstraße, die Hauptverkehrsader von Berlin, und man wird in Dutzenden von Läden Placate mit der Aufschrift finden: „Hier werden Wetten für alle Rennen der Erde entgegengenommen." Es ist nichts Seltenes mehr, daß einzelne Geschäfte Kunden dadurch heranzulocken suchen, daß sie „Tips" gratis ausgeben; an den Säulen preisen sich die verschiedenen Wettbureaux an und die Sportblätter wimmeln von Annoncen der Turfagenturen; auch ausgezeichnete Turfsysteme, durch welche bedeutende Gewinne erzielt werden können, wenn man nur systematisch arbeitet, werden empfohlen. Am Tage vor der Eröffnung der Badener Rennen ging es in den Bureaux zu wie in Taubenschlägen. Es wurden da Summen angelegt, die mit der socialen Stellung der Wettenden in absolut keinem Verhältniß standen. Noch thätiger als die Agenturen sind die Buchmacher, die von Berlin aus die verschiedenen Rennplätze in den Provinzen abklappern und fabelhafte Summen verdienen. Im Union-Club sind ja schärfere Maßnahmen gegen die Buchmacher, deren Existenz bekanntlich den Totalisator wesentlich schädigt, angeregt worden, aber es ist eben bei diesen Anregungen verblieben; in Carlshorst machten sich die Buchmacher breiter als je und ihre von Diamanten strotzenden „Bräute" wandelten auf dem grünen Rasen umher, als wenn sie hier allein zu gebieten hätten. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht vor Gericht festgestellt wird, daß ein wegen Diebstahl Angeklagter durch die Buchmacher zum Verbrecher geworden ist. In den letzten Wochen ist uns eine ganze Anzahl früher hochgeachteter Handwerker und Geschäftstreibender bekannt geworden, die in Folge ihrer Spielwuth Alles verloren haben und deren einst schuldenfreie Häuser subhastirt werden mußten. Vielleicht ereignet sich einmal ein Vorfall, der zeigt, daß die militairischen Zeugen im hannoverschen Spielerproceß Waisenknaben gegen die Handwerker, Kaufleute rc. gewesen sind, welche täglich dem Spielteufel die größten Opfer bringen.

11 **Berlin,** 28. August. Nach dem Urtheil hervorragender fachmännischer Autoritäten Deutschlands wie des Auslandes dürfte die Cholera-Epidemie, von welcher Osteuropa dieses Jahr stärker als sonst heimgesucht ist, im Wesentlichen auf ihrem jetzigen Ausbreitungsstand beschränkt bleiben, obwohl der laufende und der nächste Monat im Hinblick auf genannte Seuche als die eigentlich kritischen gelten. Die Bestimmungen der Dresdner Sanitätsconferenz haben sich als zweckentsprechend bewährt, da überall, wo sie gewissenhaft und consequent zur Befolgung gelangten, es der Cholera unmöglich geworden ist, festen Fuß zu fassen. Diese Wahrnehmung leistet auch der Hoffnung Vorschub, daß es mit den Jahren immer mehr gelingen werde, die Cholera von den Grenzen der europäischen Culturländer fernzuhalten und sie mit Erfolg selbst an ihren traditionellen Brutstätten zu bekämpfen.

Y. **Berlin,** 28. August. (Telegramm.) Der **Kaiser** begab sich heute früh um 7 Uhr von der Matrosenstation auf der „Alexandra" nach Charlottenburg und besichtigte um 9 Uhr daselbst im Mausoleum die nunmehr zur Aufstellung gelangten Marmor-Sarkophage weiland Kaiser Wilhelm's I. und der Kaiserin Augusta. Hierauf stattete der Kaiser dem Atelier des Bildhauers Tobereng einen Besuch ab, fuhr dann zur Caserne des Ersten Garde-Dragoner-Regiments, stieg daselbst zu Pferde und ritt mit seiner Umgebung nach dem Tempelhofer Felde, um dort die Truppentheile der 5. Division zu besichtigen. Das Frühstück nahm der Kaiser im Kreise des Officiercorps des Leib-Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm III. (1. Brandenburgisches) Nr. 8, und zwar in der Caserne des Zweiten Garde-Regiments zu Fuß, ein und begab sich von dort zu Wagen nach Rudow, der Besitzung des Herrn v. Benda, zur Hühnerjagd. — Dem hiesigen Schuhmachermeister Preußler, der heute seinen 100. Geburtstag feierte, ließ der Kaiser eine Porzellanvase mit dem Kaiserportrait und 300 ℳ überweisen. Der Gnadenbeweis entspringt der eigensten Initiative des Kaisers, welcher die Mittheilungen über die bevorstehende Feier in den Zeitungen gelesen hatte. — Die Kaiserin fuhr heute früh von der Wildparkstation nach Berlin, um hier der feierlichen Einweihung der Versöhnungskirche beizuwohnen.

= **Berlin,** 28. August. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" bestätigt die Angaben einiger Zeitungen, daß im Jahre 1893 **11,000 Mann mehr neueingestellt** worden seien, als bei Berathung des Gesetzes vom 3. Januar 1893, betreffend die Friedenspräsenzstärke, als Recrutenbedarf in Aussicht genommen war. Der „Reichsanz." legt alsdann die Gründe dar.

— Zu den wichtigeren gesetzgeberischen Arbeiten, die der Bundesrath noch zu erledigen hat, gehört der von der bayerischen Staatsregierung bereits am 7. November 1892 in Form eines Gesetzentwurfs eingereichte Antrag auf Einschränkung des Hausirhandels.

Der Entwurf bestimmt, daß Wandergewerbescheine nur für den Bezirk der Ausstellungsbehörde Geltung haben und nur im Falle des durch die zuständigen Behörden festzustellenden Bedürfnisses zu ertheilen sind, daß Handelstreibende, die auf Grund des §. 44 der Gewerbeordnung ihr Gewerbe ohne Wandergewerbeschein ausüben, Bestellungen auf Waaren nur bei solchen Gewerbetreibenden suchen dürfen, in deren Gewerbebetrieb Waaren der angebotenen Art Verwendung finden und daß Derjenige, der an seinem Wohnort oder am Sitze seiner gewerblichen Niederlassung von Haus zu Haus, oder an öffentlichen Orten Waaren feilbietet und verkauft, als Hausirer betrachtet und an die Erwerbung eines Wandergewerbescheins gebunden sein soll. Wie wir erfahren, ist dieser Antrag, nachdem von dem Reichsamt des Innern eingehende Untersuchungen über den Hausirhandel angestellt worden waren, bereits in dem zuständigen Ausschuß des Bundesraths berathen worden, so daß der Reichstag in der nächsten Tagung sich mit einer entsprechenden Novelle zur Gewerbeordnung zu beschäftigen haben wird. Jedenfalls wird der bayerische Antrag in veränderter Gestalt aus den Berberathungen des Bundesraths hervorgehen, da auch die Frage einer höheren Besteuerung des Hausirgewerbes zu dessen Einschränkung in Erwägung gezogen ist. Die Anregung hierzu ging von preußischen Handelskammern aus, die eine angemessene, von den Provinziallandtagen für jeden einzelnen Kreis, in welchem das Gewerbe ausgeübt wird, festzusetzende Abgabe (ähnlich der für die Wanderlager durch Gesetz vom 27. Februar 1880 eingeführten Bestimmung) in Vorschlag gebracht haben.

— Die „Voss. Ztg." veröffentlicht heute das sie verurtheilende Erkenntniß des hiesigen Landgerichts betreffs der Beleidigung des früheren Gouverneurs von Soden, wobei das Blatt mit Bezug auf die Annahme, daß der betreffende Artikel aus dem Auswärtigen Amt herrühre, erklärt, es lasse „sich weder zum Mundstück des Colonialamtes, noch eines Amtes brauchen".

— Heute hat der Transport der Bibliothek nach dem neuen Reichstagsgebäude begonnen. Man macht sich schwerlich einen Begriff von dem Umfang derselben und von der Vorsicht, die bei der Verpackung Platz greifen muß, um Verwirrungen zu vermeiden. Die „Sprecher" haben eben dafür gesorgt, daß die stenographischen Berichte über die Sitzungen allein schon große Säle füllen. Die Uebersiedlung im Ganzen wird unter acht Wochen nicht zu bewerkstelligen sein.

* **Tilsit,** 26. August. Zur Bekämpfung der Socialdemokratie, die seit mehreren Jahren durch eine zielbewußte Agitation von Königsberg aus auch in dem hiesigen Wahlkreise, dem Herzen des national- und königstreu gesinnten Litthauens, immer mehr an Boden zu gewinnen sucht, hat sich hier vor etwa Jahresfrist ein Verein gebildet, der, etwa 400 Mitglieder zählend, bereits einen nicht zu unterschätzenden erfreulichen Einfluß auf unsere Arbeiterwelt ausübt. Derselbe kam dieser Tage dadurch zum Ausdruck, daß eine socialdemokratische Versammlung, zu welcher der Reichstagsabgeordnete Legien aus Hamburg von den „Genossen" als Redner verschrieben war, ein ausgesprochenes Fiasco erlitt. Der Verein, welcher der hiesigen Socialdemokratie dazu verholfen, ist der evangelische Arbeiterverein. In der gedachten kläglich verlaufenen socialdemokratischen Versammlung waren es Arbeiter, die ihren von dem Wahn eines idealistischen Zukunftstaates im Sinne Bebel's befangenen

SLUB
Wir führen Wissen.